



Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-
Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Er erscheint alle 14 Tage Sonnabends. — Preis vierteljährlich 50 Pfennige. — Anzeigen: die dreispaltige Petitzeile 20 Pfennige, Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennige. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Beitungsregister.

Inhalt: Mitteilungen des Verbandsvorstandes. — Die Beschlüsse des 6. Gewerkschaftskongresses. — Staatshilfe und Selbsthilfe. — Korrespondenzen (Altenburg, Bremen, Breslau, Darmstadt, Hannover, Karlsruhe, Magdeburg, München, Stettin). — Rundschau. — Briefkasten. — Anzeigen.

Beilage: Korrespondenzen (Berlin I, Berlin II, Berlin III, Crimmitschau, Dresden, Hildesheim, Kaufbeuren, Leipzig, Nürnberg-Fürth).

Mitteilungen des Verbands- vorstandes.

Bremen. Die Adresse des Kassierers Fr. Schwering ist jetzt Am neuen Markt 6 I.

Dresden. Das Bureau befindet sich Kaulbachstraße 16 I. Dasselbe ist geöffnet von 8—1 und 4—7 Uhr, Sonnabends von 5—8 Uhr. Die Meldezeit der Arbeitslosen ist täglich von 10—12 Uhr.

Mannheim-Ludwigsbafen. Vorsitzender ist Jos. Fröhling, Ludwigsbafen a. Rh., Limburgstr. 22. Kassiererin ist Mathilde Stiefel, Mannheim, D. 5. 8. 3. Stod.

Nürnberg-Fürth. Vorsitzender ist Otto Rümke, Reichsstr. 3 part.

Trier. Vorsitzender ist Michel Schmitt, Beneditinerstr. 78. Kassierer Fritz Trautmann, Krähen-Ufer.

Der Verbandsvorstand.

Die Beschlüsse des 6. Gewerkschafts-Kongresses.

Wir haben in voriger Nummer die Bedeutung des Hamburger Gewerkschaftskongresses und seine Arbeiten gewürdigt. Inzwischen hat die Tagespresse in ausführlichster Weise über den Gang der Verhandlungen berichtet, so daß wir uns heute darauf beschränken können, die wichtigsten Beschlüsse mitzuteilen. Nachzutragen haben wir noch, daß im Ganzen 324 Delegierte anwesend waren, die 1888 172 organisierte Arbeiter vertraten. Unser Verband war vertreten durch Kollegin P. Thiede-Berlin, Kollegen Glarner-Hamburg, Moritz und Bucher-Berlin.

Die Vertretung der Rechtsuchenden durch die Arbeiter- und Gewerkschaftssekretäre vor den Gerichten.

Nach den Bestimmungen des § 10 Abs. 2 der Verordnung, betreffend das Verfahren vor den Schiedsgerichten für Arbeiterversicherung, des § 31 des Gewerbeverordnungs-Gesetzes — der auch für das Verfahren vor den Kaufmannsgerichten gilt — und des § 157 der Zivilprozessordnung sind die Gerichte befugt, Bevollmächtigte, die das Verhandeln vor den Gerichten geschäftsmäßig betreiben, zuzurückweisen. Diese Bestimmung wird, von wenigen Ausnahmen abgesehen, von den in Betracht kommenden Gerichten dazu benutzt, Arbeiter- und Geschäftssekretäre als Vertreter Rechtsuchender in der mündlichen Verhandlung nicht oder nur ausnahmsweise zuzulassen.

In der Erwägung:

daß dem auf dem Gebiete der Unfallversicherung von Jahr zu Jahr schärfer hervortretenden Bestreben der Berufsgenossenschaften, die Renten der durch Unfall Verletzten immer mehr herabzudrücken bezw. sie ihnen zu entziehen, schon in der ersten Spruchinstanz — dem Schiedsgericht für Arbeiterversicherung — wirksam entgegengetreten werden muß;

daß nach den Bestimmungen des Invalidenversicherungsgesetzes die Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung die einzige Spruchinstanz zur Würdigung der Unterlagen für die Gewährung der Invaliden- bezw. Altersrenten bilden;

daß bei den Streitigkeiten aus der Krankenversicherung eine Vertretung der Versicherten vor den Amts- bezw. Verwaltungsgerichten in Rücksicht auf die Kompliziertheit des in Betracht kommenden materiellen und formalen Rechtes geradezu geboten erscheint;

daß von den Entscheidungen der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte viele das dem Arbeiterrecht zu grunde liegende soziale Empfinden völlig vermessen lassen und weil die Arbeiterklasse um die Anerkennung und Durchsetzung eines vom sozialen Geiste getragenen Arbeiterrechts noch täglich kämpfen muß;

daß wir in Deutschland noch einer einheitlichen Regelung des Gesinderechts ermangeln, und die auf diesem Gebiete herrschende Rückständigkeit, sowohl hinsichtlich der gesetzlichen Vorschriften — Preußens älteste Gesindeordnung stammt aus dem Jahre 1782 — wie auch hinsichtlich der Auffassung der Sachlage, ebenfalls eine sachkundige Vertretung vor den in Betracht kommenden Gerichten notwendig macht;

daß die in Frage kommenden Rechtsuchenden fast durchweg weder Zeit, Mittel noch Vorbildung genügend besitzen, um auf allen diesen Gebieten ihre Interessen hinreichend wahren zu können, während die Berufsgenossenschaften, Versicherungsanstalten, Krankenkassen, Dienstherrschaften und so weiter in der Lage sind, ihre Interessen durch juristisch vorgebildete Vertreter wahrnehmen zu lassen, und die Bestimmung im Gewerbeverordnungs-Gesetz, wonach Rechtsanwälte von der Vertretung der Parteien ausgeschlossen sind, für die Arbeiter dadurch an Bedeutung verliert, daß die Arbeitgeber resp. deren Geschäftsführer durch Vorbildung und öfteres Verhandeln vor den Gewerbe- bezw. Kaufmannsgerichten gegenüber den Arbeitern hinsichtlich der Kenntnisse des formalen Rechtes ohnedies im Vorteil sind,

fordert der Kongreß von gesetzgebenden Körperschaften die Vorlegung und Verabschiedung eines Gesekentwurfs, nach dessen Bestimmungen die Arbeiter- und Gewerkschaftssekretäre, unbeschadet der eingangs aufgeführten Bestimmungen, zur Vertretung Rechtsuchender bei den Gerichten zugelassen werden müssen.

Die Bewegung der Privatangestellten.

Der 6. deutsche Gewerkschaftskongreß weist die Bestrebungen, welche darauf gerichtet sind, zwischen den in Handel, Industrie und Gewerbe beschäf-

tigten Angestellten einerseits und den Arbeitern andererseits Mißtrauen zu erregen und sie zur gegenseitigen Bekämpfung zu veranlassen, entschieden zurück. Der Kongreß macht darauf aufmerksam, daß die kaufmännischen und technischen Angestellten gleichermaßen zu den proletarischen Schichten der Bevölkerung gehören wie die Arbeiter und sie wie diese von ihrer Hände oder ihres Kopfes Arbeit leben. Niedrige Entlohnung, lange Arbeitszeit und andere ungünstige Bedingungen sind heute nicht nur für das Arbeitsverhältnis der Arbeiter, sondern auch für den Dienstvertrag der Angestellten charakteristisch. Angestellte und Arbeiter haben also gleiche Interessen gegenüber dem Unternehmertum zu vertreten. Ueber diese Tatsache dürfen sie sich weder von den Unternehmern selbst, noch durch deren offene und heimliche Diener täuschen lassen, denn das würde lediglich zum Nutzen des Unternehmertums, aber zum Schaden der Angestellten und Arbeiter ausschlagen.

Der Kongreß erklärt daher den im Sinne der modernen Gewerkschaftsbewegung gehaltenen Forderungen der kaufmännischen und technischen Angestellten, die eine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lebenslage durch gewerkschaftliche und gesetzliche Regelung bezwecken, ausdrücklich seine volle Sympathie. Der Kongreß tritt insbesondere den Ausflüchten des Unternehmertums im Handelsgewerbe, daß der geforderte Schutz der Angestellten mit Rücksicht auf die konsumierende Bevölkerung nicht durchzuführen sei, namens der Arbeiterschaft energisch entgegen. Die Verkürzung der Arbeitszeit auf 8 Stunden, die Sonntagsruhe usw. sind Forderungen, auf welche die kaufmännischen Angestellten und Handelskassisten, wie alle anderen Gruppen der erwerbstätigen Bevölkerung, berechtigten Anspruch haben.

Der Gewerkschaftskongreß nimmt an, daß die kaufmännischen und technischen Angestellten die in ihren Reihen künstlich genährten arbeitserfeindlichen Strömungen als ihnen selbst schädlich erkennen und diesen daher entgegen werden. Denn die Erfolge oder die Mißerfolge der Arbeiterschaft werden nicht ohne Rückwirkung bleiben auf die Lebenslage der Angestellten. Je rascher die Arbeiterschaft in ihrem Kampfe vor- und aufwärts schreitet, desto schneller werden die Angestellten nachfolgen können. Andererseits wird auch die Bewegung der Angestellten zur Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen den Arbeitern ihren Kampf zu erleichtern vermögen. Der Gewerkschaftskongreß empfiehlt diese Tatsachen sowohl den Angestellten als auch den Arbeitern im beiderseitigen Interesse zur nötigen Beachtung.

Die Agitation unter den Dienstboten.

In Anbetracht der hohen Zahl Erwerbstätiger, die als Dienende der Gesindeordnung unterstellt sind und sich ihren Lebensunterhalt bei unbegrenzter Arbeitszeit, schlechter Entlohnung und unter den wilschlichsten Verhältnissen erwerben müssen, erachtet es der sechste Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands als seine Pflicht, die Generalkommission zu beauftragen, der jungen Dienstbotenbewegung auch fernerhin ihre volle Aufmerksamkeit zu widmen.

Die Generalkommission wird beauftragt, eine Dienstbotenkonferenz einzuberufen, um über einheitliche Agitation zur Hebung der sozialen Lage dieser Arbeiterkategorie zu beraten.

Die Generalkommission wird ferner beauftragt, die einzelnen Kartelle auf die Notwendigkeit der Organisierung der Dienstboten aufmerksam zu machen und dort, wo noch keine Dienstbotenvereine bestehen, die Kartelle zu veranlassen, wenn irgend möglich zur Gründung von Dienstbotenvereinen zu schreiten. Durch eine starke Organisation der Dienenden können diese selbst an der Verbesserung ihrer sozialen Lage mitarbeiten und werden dadurch auch der gesamten Arbeiterbewegung mehr Verständnis entgegenbringen.

Der Kongress erachtet es als eine dringende Notwendigkeit, daß die Gesindeordnung und Dienstbücher beseitigt werden und volle Koalitionsfreiheit für die Dienstboten und ländlichen Arbeiter eingeführt wird, als wie auch, daß die Dienenden der Gewerbeordnung unterstellt werden und die Ausdehnung aller Versicherungsgesetze auf sie erfolgt.

Heimarbeiterchutz.

Die Heimarbeiter ist diejenige Produktionsform, die infolge ihrer Rückständigkeit die schlimmste Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft ermöglicht.

Die Heimarbeiter isoliert die Arbeiter und die Arbeiterinnen, erschwert deren Organisation und macht sie daher unfähig, sich aus eigener Kraft gegen diese Ausbeutung zu wehren.

Da es nun aber nicht allein im Interesse der Heimarbeiter und -Arbeiterinnen selbst, sondern im Interesse des Gemeinwohls liegt, daß dieser durch die Heimarbeiter begünstigten Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft Einhalt geboten wird, erachtet der sechste deutsche Gewerkschaftskongress einen ausreichenden gesetzlichen Schutz der Heimarbeiter für eine dringende Notwendigkeit.

Als das Mindestmaß dessen, was zum Schutze der Heimarbeiter zu geschehen hat, hält der Kongress die Durchführung der vom ersten Heimarbeiterchutzkongress zu Berlin im Jahre 1904 aufgestellten Forderungen für erforderlich.

Daß die Verwirklichung dieser Forderungen eine zwingende Notwendigkeit ist, hat die im Jahre 1906 in Berlin stattgefundene Ausstellung von Erzeugnissen der Heimarbeiter zur Evidenz bewiesen.

Nach dieser Ausstellung, die das Elend in der Heimindustrie in seiner ganzen Größe und erschreckenden Tiefe gezeigt und das öffentliche Gewissen aufgepeitscht hat, hätte man erwarten dürfen, daß die Reichsregierung ein größeres Maß von Entgegenkommen gezeigt hätte, den Wünschen der Heimarbeiter und -Arbeiterinnen entgegenzukommen, als es in dem Entwurf zum Titel 7a der Gewerbeordnung geschehen ist.

Dieser Entwurf erfüllt weder die Wünsche und Forderungen der Heimarbeiter, noch die Versprechungen, die selbst Regierungsvertreter denselben in bezug auf gesetzlichen Schutz gemacht haben. Er ist nicht nur eine Halbheit, er verdient auch nicht einmal den Namen eines Heimarbeiterchutzes. Die ganze Tendenz dieses Entwurfs scheint vielmehr darauf gerichtet zu sein, die Schaffung eines wirklichen reichsgesetzlichen Schutzes in unabsehbare Ferne zu rücken, weil die Initiative zum Erlaß der Schutzbestimmungen in die Hände der Polizei gelegt werden soll. Diese aber müssen nicht, sondern sie können nur Schutzbestimmungen für Heimarbeiter erlassen; es wird also von deren guten Willen und sozialer Einsicht abhängen, ob sie solche erlassen werden oder nicht.

Da die Arbeiterschaft erfahrungsgemäß keine Ursache hat, der sozialen Einsicht der Polizeibehörden zu vertrauen, steht der Kongress nach wie vor auf dem Standpunkte, daß ein wirksamer Heimarbeiterchutz nur durch Reichsgesetz mit zwingender Kraft geschaffen werden kann.

Diesen reichsgesetzlichen Heimarbeiterchutz hält der Kongress nur dann für gegeben, wenn der Reichstag und Bundesrat dem von der sozialdemokratischen Fraktion ausgearbeiteten Gesetzentwurf stattgibt, der aufgebaut ist auf den Wünschen und Forderungen, die der Heimarbeiterchutzkongress an die Gesetzgebung erhoben hat und der unter Mitwirkung der organisierten Arbeiterschaft zustande gekommen ist.

Der Kongress spricht deshalb die Erwartung aus, daß bei der kommenden Beratung der Gewerbeordnung der gesetzliche Heimarbeiterchutz von

Reichstag und Bundesrat im Sinne des Entwurfs der sozialdemokratischen Fraktion, der den Willen der organisierten Arbeiterschaft zum Ausdruck bringt, gestaltet wird.

(Die weiteren Beschlüsse folgen.)

Staatshilfe und Selbsthilfe.

Was wir heute an sogenannten Arbeiterschutzgesetzen haben, das hat mühsam Schritt für Schritt errungen werden müssen. Wenn auch die Bourgeoisie sich damit brüstet, der Arbeiterschaft „die einzig in der Welt dastehenden“ Schutzgesetze geschaffen zu haben, so haben sie doch nicht aus eigenem Triebe geschaffen, sondern der Macht der Arbeiterbewegung gehorchend, indem sie glaubte, durch dieses „Zudeckelbrat“ der Entwicklung der Arbeiterbewegung Einhalt tun zu können. Aber die Arbeiterbewegung hat heute schon eine große Anzahl von Einrichtungen zum Schutze der Arbeiter, teils durch wirtschaftliche Kämpfe, teils durch tarifliche Abmachungen geschaffen und eingeführt, ehe die Regierung sich bequemt, diese Einrichtungen gesetzlich festzulegen. Ein klassisches Beispiel dafür ist der **3 e h n s t u n d e n t a g**.

Wie lange ist der Zehnstundentag schon durch die Arbeiterbewegung in der Praxis eingeführt! Während die Gesetzgebung sich erst 1910 herablassen will, ihn mit allen Ausnahmebestimmungen zu sanktionieren. Die gesetzliche Herabsetzung des Maximalarbeitstages ist ja auch für die Regierung nicht so wichtig und eilig. Sie sieht eben den „nationalen Reichtum“ nicht in einer gesunden, schönen, starken, geistig hochentwickelten Bevölkerung, sondern als geschäftsführender Ausschuss der herrschenden Klassen in einer möglichst großen Anzahl von Millionären, die ihren Reichtum aus der Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft ziehen. Die Propagierung wahrer Menschenkultur paßt nicht in den Rahmen der heutigen Eigentumsordnung und Produktionsweise. Darum müssen die Diener der herrschenden Klassen die Entwicklung der Mittel zur Erziehung und Steigerung des Mehrwertes höher schätzen und mehr Interesse entgegenbringen als wahrer Menschenkultur. Eine Tatsache, die sich nicht beklagen, wohl aber bekämpfen und besiegen läßt.

Unter diesen Verhältnissen haben auch die Wirtschaftsformen Veränderungen erfahren, die für den Befreiungskampf der Arbeiter von Bedeutung sind. So tritt vor allem die Frauenarbeit und die intensive Ausbeutung der jüngeren Arbeiter und Arbeiterinnen in den Vordergrund. Wenn die Arbeiterin nun als eine gute Mitkämpferin dem Manne zur Seite stehen soll, so ist eine vollständige Erweiterung des Arbeiterinenschutzes eine unabdingte Notwendigkeit.

Der Arbeiterinenschutz soll ihnen das Doppeljoch, unter dem sie seufzen, die Erwerbs- und Hausarbeit erleichtern, um sie dadurch kampfsfähiger und kampfslustiger zu machen. So wie in den Proletariatskreisen mit einer besseren Lebenshaltung die Sehnsucht nach einem Vorwärts in wirtschaftlicher, sozialer und politischer Beziehung am stärksten ist, so soll der Arbeiterinenschutz für das weibliche Proletariat die gleiche Sehnsucht wachrufen und ihnen Zeit und Kraft für den Klassenkampf bringen.

Es genügt nun allerdings nicht, daß wir die Schutzgesetze auf dem Papier haben, sondern es muß vor allem seitens der Arbeitenden dahin gewirkt werden, daß sie eingehalten und zum Vorteil der Arbeitenden ausgenutzt werden. Dies setzt den Mut und die Tatkraft, über die Einhaltung der Gesetze zu wachen, voraus.

Bei genauer Kenntnis des geltenden Arbeiterschutzes ist ein „Mitüberwachen“ nicht so schwer. Doch wie dringend notwendig so ein „Mitüberwachen“ ist, lehrt uns täglich die Erfahrung. Es bestanden noch weit mehr Schutzbestimmungen nur auf dem Papier, wenn die Organisationen der Arbeiter, vor allem die Gewerkschaften nicht ein so wachsameres Auge auf die Einhaltung der Schutzbestimmungen lenkten. Denn die Institution, die von der Regierung zur Überwachung des Arbeiterschutzes geschaffen worden ist, die Fabrikinspektoren, genügt nicht im entferntesten den Ansprüchen und Forderungen der Arbeiter zur besseren Einhaltung der Gesetze. Aus ihren Berichten geht auch deutlich hervor, daß sie auf die Mithilfe der Arbeiter angewiesen sind. Die Ursachen mögen einmal darin liegen, daß es zu wenig Beamte sind, zum andern aber wohl darin, daß sie zu wenig Machtbefugnisse

besitzen. Da ihre Anordnungen in den meisten Fällen keine zwingende Kraft besitzen, bleiben sie leider nur allzu oft unerfüllt. Auch hierin haben die Gewerkschaften, die mit den Unternehmern in Tarifverhältnissen stehen, einmal durch die Tarife selbst, zum andern durch ihre damit verbundenen Schiedsgerichte viel zur Einhaltung der Schutzbestimmungen der Arbeiter und Arbeiterinnen beigetragen und werden auch noch mehr tun können, je höher die Zahl der organisierten Berufsangehörigen steigt. Eine nicht geringe Arbeit auf dem Gebiete des Arbeiterinenschutzes fällt unserer Organisation zu. Doch auch hierin hat sie sich durch die Einführung der Wöchnerinnenunterstützung vorbildlich gezeigt. Öffentlich ist dies ein Ansporn, den Wöchnerinenschutz praktisch weiter auszubilden.

Ein anderer Mithilfand im System der Fabrikinspektoren besteht darin, daß trotz der immer mehr steigenden Zahl der weiblichen Arbeitskräfte es immer noch sehr an weiblichen Fabrikinspektoren mangelt. Obgleich überall da, wo solche angestellt wurden, gute Resultate erzielt worden sind, will man dieser Forderung nicht nachkommen. Auch Ärzte findet man unter den Fabrikinspektoren nicht. Es bedarf wohl keines Hinweises, wie wichtig ihre Mitwirkung wäre, nicht nur zur Durchführung der bestehenden Bestimmungen, sondern vielmehr wegweisend bei der Ausgestaltung und Reformierung der Schutzbestimmungen.

Wenn auch hier und da von einem oder dem anderen Beamten aus eigener Initiative das ärztliche Gutachten eingeholt worden ist, z. B. in bezug auf den bestehenden Wöchnerinnen- und Schwangerenschutz, auf den sanitären Arbeitsstag, in bezug auf die Einwirkung der verschiedenen Chemikalien auf den menschlichen Organismus usw., so genügt das doch nicht. So ist es auch ganz erklärlich, daß diese mangelhafte Einrichtung des Instituts der Fabrikinspektion auch schwere Folgen zeitigen muß. Überall kann man daher beobachten, daß der ohnehin geringe Arbeiter- und Arbeiterinenschutz täglich übertreten wird. Ja er wird von dem Ausbeutertum triumphierend verhöhnt. Als Beweis möge folgendes an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig lassende Beispiel dienen.

Vor einigen Jahren brachte der Abg. Raab im Reichstage ein Schreiben zur Verlesung, das von sieben Vertretern der See-Berufsgenossenschaft mit dem Vermerk „E i n v e r s t a n d e n“ unterzeichnet war und folgenden Wortlaut hatte:

„Die Unfallverhütungsvorschriften haben meines Erachtens weniger einen direkten praktischen Zweck, als daß sie zur Dekoration dienen, um den Behörden und dem Publikum zu zeigen, wie v o r t r e f f l i c h die See-Berufsgenossenschaft alles geregelt hat, wie sie alles bedacht hat, für Arbeiter denkt und sorgt, ihnen die Mühe des eigenen Nachdenkens und die Verantwortung abnimmt. — Von diesen Gesichtspunkten sollten wir jede neu auftauchende Frage durch eine hübsche Unfallverhütungsvorschrift zu lösen trachten, — je harmloser, desto besser. Mundus vult decipi! (Die Welt will betrogen sein!)“

Es folgen die Namen: Raab, Schiff, Maack, Wessels, Meyer, v. Renzen und Brenz. Aber so denken nicht nur die Vertreter der See-Berufsgenossenschaft, sondern ein wesentlicher Teil des Unternehmertums betrachtet die Arbeiterschutzgesetzgebung gewissenlos von diesem Standpunkt aus, wenn sie sich auch hüten, dies öffentlich zuzugeben. Aber wagt nicht gar zu oft der Unternehmer seine Verantwortung auf einen seiner Betriebsleiter ab, um seinen Profit einzupreisen, ohne das Schuldbewußtsein zu fühlen, daß Arbeiterblut daran fließt? Man sieht, daß in dem Maße, wie alljährlich der Goldstrom steigt, welcher aus der menschlichen Arbeitskraft gepreßt wird, der in die Kassen der Herrschenden fließt, auch der Blutstrom steigt in den Reihen der Arbeitenden und Ausgebeuteten.

Zeugen dieser traurigen Tatsache sind die Unfall- und Krankentafelstatistiken. Die Krankentafelstatistiken spiegeln in grauer, wenn auch keineswegs in vollkommener Weise die Vernichtungsarbeit des Kapitalismus an der menschlichen Gesundheit wieder, wie durch lange Arbeitszeit, mörderische Arbeitsart, schlechte Arbeitsräume, Unterernährung usw.

Die nackten Zahlen der Unfallstatistiken reden eine fürchterliche Sprache von zerstörtem Familien-

glück, vernichteten Existenzen, von zerfleischten und zermalnten Gliedmaßen, von Hunger und Elend, von entsetzlicher Qual und nie endender Sorge. Diese nackten Zahlen der Statistiken sind auch eine einzige furchtbare Anklage gegen unsere heutige Wirtschaftsordnung. Für uns jedoch sind sie vor allem ein lauter, eindringlicher Aufruf zum Kampfe, der uns mahnt, unsere Pflicht zu tun, das Ziel der Arbeiterbewegung fortgesetzt im Auge zu behalten, unablässig um Reformen auf allen Gebieten mit ganzer Kraft zu ringen. Die Organisationen der Arbeiterschaft so zu stärken, daß sie erfolgreich die zum Schutze der Arbeiterschaft geschaffenen Gesetze überwachen und für ihre weitgehendste Beachtung und Einhaltung sorgen kann, damit schwerer Ertrugenes für die Arbeiterschaft und die Arbeiterinnen im besonderen nicht nur auf dem Papier steht, sondern vor allem zu ihrem Nutzen angewandt wird.

R.

Korrespondenzen.

München. Versammlung vom 22. Juni. Nach Verlesung des Protokolls berichtete Kollege Griffel über den Verbandstag in München. Im großen Zügen wurde alles Verhandelte erläutert, hauptsächlich aber wurden die Klasseneinteilung und die Unterstützungszweige näher behandelt. In der Diskussion wurde es als Härte bezeichnet, daß der Ortszuschlag von 15 pSt. auf 7½ pSt. herabgesetzt worden ist; denn wenn allen Verpflichtungen nachkommen werden soll, so bleibt bei unexer Mitgliederzahl nichts übrig. Kollege Griffel erwiderte, daß alle Beamten auf die Verbandskasse übernommen wurden, es mußte daher eine Reduzierung vorgenommen werden; aber der Hauptvorstand wird bei berechtigten Wünschen zu jeder Zeit finanziell eingreifen. Sodann berichtete Kollege Dehler von der letzten Kartell Sitzung. Von Interesse war, daß aufgefordert wurde, sich Mühe zu geben, die Arbeiterinnen politisch zu organisieren. Der Vorsitzende bemerkte hierzu, wir müssen erst noch fleißig agitieren, um unsere Kolleginnen gewerkschaftlich zu organisieren, da bleibt noch sehr viel zu wünschen übrig. Ist das erst erreicht, dann finden sie auch den Weg zur politischen Organisation. Nachdem die Kollegen Baber und Giesler sich noch über Jugendorganisationen äußerten, wurde die Versammlung um 11 Uhr geschlossen.

Bremen. Versammlung vom 21. Juni. Der Vorsitzende spricht sein Bedauern über den ungewöhnlich schwachen Besuch aus. Wenn auch das Wetter schon sei, so dürfte das nicht als Grund dienen, den schlechten Besuch hiermit zu entschuldigen. Besonders die nachts arbeitenden Kolleginnen mühten ein Interesse an den Sonntags angelegten Versammlungen zeigen, weil diese Versammlungen gerade auf den speziellen Wunsch dieser Kolleginnen gehalten werden. Das Protokoll der letzten Versammlung konnte nicht verlesen werden, denn der Schriftführer dieser Versammlung war nicht erschienen. Somit blieb der Versammlung nichts übrig, als von der Verbandstagsberichterstattung abzusehen. Unter Verschiedenem wird beschlossen, die nächste Versammlung mit derselben Tagesordnung am 29. Juni abzuhalten. Kollege Ludow erwähnt einen Fall, der sich als Tarifbruch einer Kollegin darstellt. Der Vorsitzende erklärte, daß der Vorstand den derartigen Tarifbruch nicht dulde. Daß ein Prinzipal die Spernung des Arbeitsnachweises für diese Kollegin verlangt habe, wird als nicht wahr erkannt; einem solchen Verhalten könnte auch nicht entsprochen werden, weil hierüber die schiedsgerichtliche Instanz zu entscheiden habe. Ein Antrag des Kollegen Ludow fordert strenge Maßnahmen gegen Vorstandsmitglieder, die Versammlungen und Sitzungen ohne Entschuldigung schwänzen. Demgemäß wird beschlossen, daß eine nächste Versammlung über ein Regulatorium hierzu beraten soll. Kollege Zimmermann stellt den Antrag, Kontrollarten über den Versammlungsbesuch einzuführen. Auch dieser Antrag findet Annahme und soll der Vorstand über eine zweckmäßige Kontroll-einrichtung in einer nächsten Versammlung Bericht erstatten. In das allgemeine Gewerkschaftsfestkomitee werden die Kollegen Ludow und Pfeiffer gewählt, für unser im Besitzung zu tragendes Emblem die Kollegen Boffe, Bühner und W. Schwie-riem, Kollege Budt als Stellvertreter. Der Vorsitzende macht dann noch bekannt, daß die Beteiligung der organisierten weiblichen Mitglieder am Festzuge nicht verboten ist. Mit der Aufforderung, für einen besseren Besuch der nächsten Versammlung Sorge zu tragen, schließt Kollege Schäd die Versammlung.

Breslau. Versammlung vom 14. Juni. Nach der Protokollverlesung sowie Aufnahme von zwei Kollegen und 2 Kolleginnen wurde zu Orts- und

Verbandsangelegenheiten übergegangen. Kollege Niehle macht die Mitteilung, daß die Kollegin Schiewel aus Bremen zugereist ist und wir zur Zeit 9 arbeitslose Mitglieder haben. Eine Anfrage seitens des Vorsitzenden, einen Ausflug zu veranstalten, wurde verneint, da die Beteiligung immer eine sehr minimale ist. Kollege Abend kommt sodann auf die Berichtigung des hiesigen Ortsvorsitzenden des Buchdrucker-Gewerkschafts, Herrn Härtel, welche auf seinen Artikel in der „Solid.“ „Breslau tariflos“ erfolgt ist, zu sprechen. Er weist alle die darin enthaltenen Angriffe zurück, da die angeführten Fälle tatsächlich vorgekommen sind, was selbst nach der Aussprache des Herrn Döblin (Berlin) nicht im Sinne der getroffenen Vereinbarungen ist. Ueber unsere Tarifangelegenheit wurde die Mitteilung gemacht, daß der Tarif nach Verabredung mit dem Zentralvorstand zu geeigneter Zeit in der alten Form wieder eingereicht werden soll; über die zu treffenden Maßnahmen hat dann der Hauptvorstand zu entscheiden. Darauf erstatteten die Delegierten, Kollegen Abend und Scholz, Bericht über den Verbandstag. Alle Einzelheiten hier wiederzugeben ist nicht angängig, da in Kürze das ausführliche Protokoll zum Preise von 10 Pf. erscheinen wird. Kollege Abend bemerkte unter anderem, daß die Unterstützungszweige über die 179 gestellten Anträge sich so schnell abwickelte, daß dieser Akt verzweifelte Lehnlichkeit mit einer Massenhinrichtung hatte. Diesen Eindruck gewannen außer ihm noch mehrere Delegierte. Für uns ist von großer Bedeutung die endliche Anstellung eines Beamten, ebenso wird die Erhöhung des Ortsbeitrages erforderlich, über welche in einer der nächsten Versammlungen geeignete Vorschläge gemacht werden sollen. Da die Versammlung sich bereits zu Tische begab, erfolgte mit dem Hinweis, daß im Juli Generalversammlung ist, mit einem Hoch auf den Verband Schluß der Versammlung.

Darmstadt. Versammlung vom 22. Juni. Dieselbe war in anbetrach der wichtigen Tagesordnung wenigstens einigermaßen besser besucht als die vorhergegangenen. Immerhin sind es doch noch einige Druddereien, deren Mitglieder immer durch Abwesenheit glänzen. In ausführlicher Weise berichtete Kollege Menges über die Verhandlungen des 4. Verbandstages. Mit Interesse verfolgten die Mitglieder den Bericht, an den sich eine sehr rege Diskussion schloß. Unter Verschiedenem wird beschlossen, daß die Generalversammlung an einem Sonntag mittags im Gewerkschaftshaus stattfindet, woran sich eine gemüthliche Familienfeier mit Tanz anschließt. Kollegin Gerlach gibt den Kartellbericht und weist besonders darauf hin, daß das Gewerkschaftshaus, das schöne Heim der Arbeiterschaft, seitens der Kollegen und Kolleginnen besser frequentiert werden möge. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten fand die gut verlaufene Versammlung ihren Schluß, nachdem der Vorsitzende noch einige Ermahnungen betreffs Agitation an die Versammelten richtete.

Hannover. Versammlung vom 25. Juni. Nachdem die Versammlung zum erstenmal ohne Polizeiaufsicht eröffnet war, wurde das Protokoll verlesen und angenommen. Hierauf berichtet der Kollege Spatz auf 1½ stündigen Ausführungen über den Verlauf des 4. Verbandstages in München. Es war ein ziemlich klares Bild, welches der Kollege Spatz über die einzelnen Vorgänge auf dem Verbandstage entwarf, sobald die Mitglieder genau übersehen konnten, welche Vorteile uns der Verbandstag gebracht hat. Sodann berichtete der Kollege Blumhoff im besonderen noch von den beiden Verhandlungspunkten „Agitation und Presse“. Im Anschluß hieran machte er den Vorschlag, auf die Krankenunterstützung, welche sich durch den Verbandstag um nichts verändere hätte, einen Ortszuschlag einzuführen, und könnte dies durch den Lokalzuschlag, welcher zu den Verbandsbeiträgen noch hinzukommt, gedeckt werden. Sodann wurde der Bericht der beiden Delegierten zur Diskussion gestellt. Kollege Kruse hebt die einzelnen Verdienste der beiden Delegierten hervor und spricht seinen Dank für die mühevollen Arbeit, welche diese gehabt hätten, aus. In seinem Schlußwort spricht Kollege Spatz auf die Hoffnung aus, daß die Mitglieder durch die Ausführungen der Delegierten in reichlichem Maße über die Arbeiten des Verbandstages aufgeklärt und zufriedengestellt wären. Ueber den Ortszuschlag wurde sodann abgestimmt und derselbe angenommen. Eine siebengliederige Kommission soll mit dem Vorstand zusammen die weitere Ausarbeitung erheben. Der Kollege Spatz machte hierauf nochmals auf unser Sommerfest aufmerksam und bittet dafür zu sorgen, daß dasselbe gut besucht wird. Unter Verschiedenem gibt Kollege Spatz bekannt, daß unser Versammlungswirt Halbe gestorben wäre; der Vorstand hätte einen Kranz gestiftet und zwei Kollegen bestimmt, dem

Toten die letzte Ehre zu geben, wofür die Auslagen 12 Mk. betrügen. Die Versammlung gab ihre Zustimmung zu diesem Vorstandsbeschlusse. Nachdem noch einige interne Angelegenheiten erledigt waren, schloß Kollege Spatz die Versammlung.

Karlsruhe. Versammlung vom 22. Juni. Bevor in die Tagesordnung eingetreten wurde, bedauerte der zweite Vorsitzende Kollege Hüber den schwachen Besuch. Nach der Protokollverlesung wurden zwei Neuaufnahmen vorgenommen. Den Kartellbericht erstattete Kollege Hüber und hebt besonders die Stellung des Kartells zu den aufgelösten Jugendorganisationen sowie der Passenberichter hervor. Zu dem Antrag, die Kapazität mit 10 Mk. aus der Lokalkasse zu unterstützen, sprechen die Kollegen Roser, Laible und Braun, wonach der Antrag angenommen wird. Kollege Laible gibt den Bericht vom Gartenfest, bei welchem ein schöner Ueberfluß erzielt wurde. In ausführlicher Weise berichtete sodann Kollege Streicher über den Münchener Verbandstag und erläuterte die gefassten Beschlüsse. Auf Antrag des Kollegen Braun wird die weitere Berichterstattung sowie die Diskussion hierüber vertagt und soll sich die nächste Versammlung hiernit, sowie mit der Wahl einer Agitationskommission befassen. Mit der Aufforderung, für besseren Besuch in Zukunft zu sorgen, wurde die Versammlung geschlossen.

Magdeburg. Versammlung vom 28. Juni. Der Vorsitzende Kollege R. Eckstein beschwerte sich über das ungebührliche Verhalten des Kollegen Kloban gegenüber dem Verbands- und der Person des Vorsitzenden als Arbeitsnachweiser. Kollege R. hatte schwere Verdächtigungen betreffs Vorgehens bei der Vermittlung von Arbeitslosen und gegen unseren Verband laut werden lassen. Kollege Eckstein erklärte, daß er sich derartiges nicht gefallen lassen könne, da er seinen Posten als Vorsitzender und Arbeitsnachweiser gewissenhaft ausführe und überließ die Kritik der Versammlung. Die Kollegen Bauer und Meißler beantragten den Ausschluß des R. Die Kollegen Eckstein und Töpel eruchten, nicht zu strenge vorzugehen, da der Kollege R. jedenfalls einsehen gelernt habe, daß seine Handlungsweise eine sehr unehrliche gewesen sei. Kollege R. nahm dann auch seine Beleidigungen usw. mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück und versprach, daß derartige nicht wieder vorkommen solle. Den Kartellbericht gab Kollege Bochmann in ausführlicher Weise und war eine Diskussion hierzu nicht erforderlich. Als erster Schriftführer wurde Kollege Naumann gewählt, als Revisor Kollege Meißler. Nun gab Kollege R. Eckstein einen vorzüglichen Bericht über den 4. Verbandstag. In anderthalbstündiger Rede streifte er sämtliche Punkte der Münchener Tagesordnung und führte alle abgeänderten Paragraphen des Statuts den Mitgliedern vor Augen. Am Schluß ermahnte er, das jetzt Geschaffene hoch zu halten, damit die Saat, welche man gestreut habe, auch gute Frucht trage. Die Versammlung spendete dem Kollegen R. Eckstein für sein vorzügliches Referat reichen Beifall und man konnte sehen, daß die Kollegen und Kolleginnen mit dem Gehörten voll und ganz zufrieden waren. In der Diskussion wendete sich Kollege Kersten gegen die Arbeit der Delegierten, er meinte, es sei in keiner Weise eine Verbesserung eingetreten. Von einer Verbesserung der einzelnen Unterstützungen könnte überhaupt keine Rede sein, eher von einer Verschlechterung. Im selben Sinne spricht Kollege Bergmann. Ersterer erklärte dann noch aus diesem Grunde den Austritt aus dem Verband, er wolle lieber sein Geld zu etwas anderem gebrauchen. Kollege Töpel sprach sich gegen die beiden Vorredner aus und glaubt, daß der Verbandstag doch Großes geleistet habe und viele Verbesserungen gebracht habe. Kollege R. Eckstein verwahrt sich energisch gegen die Worte der Kollegen Kersten und Bergmann und erklärt, daß unsere Organisation bei den kleinen Beiträgen immer noch zu denen gehört, welche die besten Unterstützungen zahlen. Man solle berücksichtigen, daß unser Verband keine Unterstützungs-kasse, sondern eine Kampfgesellschaft ist, was auch von der Versammlung anerkannt wurde. Er ermahnte die Kollegen und Kolleginnen, treu und fest zu unserem Verbandsverband zu halten und nicht wie Kollege Kersten gleich die Kinte ins Korn zu werfen. Unter Verschiedenem wurden noch einige interne Angelegenheiten besprochen. Mit einem Appell an die Mitglieder, unermüdbar für unseren in der Blüte stehenden Verband weiter zu agitieren und fest und treu, Hand in Hand mit dem Vorstand unserer Zahlstelle zu arbeiten, schließt der Vorsitzende die Versammlung mit einem kräftig aufgenommenen Hoch auf unseren Verband.

München. Versammlung vom 20. Juni. Nach Verlesung des Protokolls ergriff Kollege Albert Schmid das Wort, um auf die Verhandlungen des

4. Verbandstages einzugehen. Er berührte hierbei die umfangreichen Vorarbeiten zum Verbandstag selbst, wie auch das Arrangement zum Kommerz usw., in welchem Maße die Delegierten Deutschlands von den ihnen von der Kollegenschaft Münchens bereitetem Empfang und den ihnen zu Ehren veranstalteten Vergünstigungen überrastet waren. Nicht nur, daß sämtliche Delegierten ihm ihren Dank persönlich zum Ausdruck brachten, laufen auch jetzt noch immer Anfrischkarten aus allen Gauen ein, worin versichert wird, daß den Delegierten die in München erlebten Tage unergötzlich bleiben werden. Anschließend hieran dankt Schmid dem gesamten Ausschuss, wie auch den Delegierten für die tatkräftige Unterstützung und ihre mühevolle Arbeit; ebenso der Gesamtkollegenschaft für den demonstrierenden Besuch des Kommerzes und deren tatkraftvolles und kollegiales Verhalten bei demselben. Auf den ernststen Teil eingehend, betonte Kollege Schmid, daß, wenn auch nicht alle Wünsche unserer Zahlstelle in Erfüllung gegangen seien, dennoch vieles erreicht wurde, womit auch unsere Kollegenschaft zufrieden sein konnte; namentlich seien die Kranken- und Arbeitslosenunterstützungen bedeutend erhöht worden und insbesondere für Wöchnerinnen eine einmalige Unterstützung von 10 Mk. festgesetzt worden. Auch mit dem gegen unseren Willen angenommenen Fünftklassenystem könnten wir uns abfinden, da die erste Klasse für uns ohnehin nicht in Betracht käme; auch mache er die Kollegenschaft noch besonders aufmerksam, daß die am Verbandstag beschlossenen neuen Bestimmungen erst vom 1. Oktober l. J. an zur Geltung kämen. Kollege Neumaier, welcher als Mitglied der Statutenberatungskommission tätig war, berichtete hierauf das Ergebnis derselben und erläuterte eingehend die vom 1. Oktober an in Kraft tretenden Beitragserhöhungen, wie auch die Kranken-, Arbeitslosen- und Wöchnerinnenunterstützung. Nachdem die übrigen Delegierten der Reihe nach Bericht über ihre Tätigkeit auf dem Verbandstage erstattet hatten, nahm Kollege Neumaier Veranlassung, dem Kollegen Schmid für seine äußerst mühevolle und umfangreiche Arbeit zum Gelingen des Verbandstages, wie auch für das gediegene Arrangement der Unterhaltungen den Dank der Kollegenschaft Münchens auszusprechen, was mit allgemeinem Beifall begrüßt wurde. Aus der darauffolgenden Diskussion war mit Befriedigung zu erkennen, daß die Kollegenschaft mit den neugefaßten Beschlüssen des 4. Verbandstages sich einverstanden erklärte und insbesondere unsere Kolleginnen damit zufrieden waren. Nachdem noch Kollege Schmid gegen die Angliederung unseres Arbeitsnachweises an den städtischen Arbeitsnachweis gesprochen und ein diesbezügliches Antwortschreiben verlesen hatte, wurde einstimmig beschlossen, dasselbe an das Gewerkschaftskartell abzusenden, worauf die Verammlung geschlossen wurde. E. S.

Stettin. Versammlung vom 21. Juni. Das Protokoll wurde angenommen. Aus demselben war zu ersehen, daß wir keinen Delegierten nach München senden wollten. Auf Wunsch des Hauptvorstandes wurde jedoch in einer Vorstandssitzung beschlossen, Frau Stichert nach München zu entsenden. Zur Aufnahme hatten sich 5 Kollegen und 4 Kolleginnen gemeldet. Der Vorsitzende erteilte Frau Stichert das Wort. In einem längeren Referat schilderte sie die Vorgänge in München. Der Vorsitzende sprach der Kollegin im Namen Aller für ihre Bemühungen seinen Dank aus. Er erwähnte ferner, daß nach dem neuen Reglement sich verschiedene Vorteile für die Kollegen und Kolleginnen ergeben und sich wohl niemand gegen eine Beitragserhöhung sträuben wird. Kollege Staffenhagen wurde als Vertrauensmann bei Graßmann gewählt. Der Vorsitzende gab Auskunft über das am 2. August stattfindende Sommervergüngen. Die Vorschläge wurden nach kurzer Debatte angenommen. Der Fahrpreis wurde folgendermaßen festgesetzt: Kollegen bezahlen inkl. Familie 1 Mk., Kolleginnen 50 Pf., Fremde bezahlen Tourenpreis, einfache Fahrt a Person 30 Pf. und 50 Pf. Taxa. Für Herren Scharfschießen und Damen Stechvogel. Essen kostet 1 Mk. Die übrigen Punkte wurden zur nächsten Versammlung vertagt. Mit einem Hoch auf den Verband schloß der Vorsitzende die Versammlung. E. S.

Rundschau.

Aus Leipzig. Die Ehre der Buchdruckereibesitzer Markert und Curiz in Fa. C. Grumbach, die durch den Vertrauensmann Schulze beim Streik der zehn Hilfsarbeiter am 2. März 1908 stark verletzt war, ist wieder repariert. Die Verhandlung vor dem Schöffengericht am 25. Juni stellte fest,

daß ein damals verbreitetes Flugblatt ohne Zweifel über den Rahmen der Feststellung des Tatbestandes hinausgeht und zwar in dem Satze: „Ein Leipziger Buchdruckereibesitzer, der selbst seinen Standesgenossen keine besondere Ehre macht.“

Die Kläger waren bereit, auf Anraten des Gerichtsvoritzenden bedingungsweise auf einen Vergleich einzugehen und forderten durch ihren Vertreter die Zurücknahme aller aufgestellten Behauptungen dieses Flugblattes. Herr Markert versuchte vor Gericht die Firma in einem Lichte erscheinen zu lassen, wie es in Wirklichkeit nicht ist. Der Angeklagte erklärte, eventuelle beleidigende Punkte des veröffentlichten Flugblattes zurückzunehmen. Jede Absicht zu beleidigen habe ihm fernzulegen. Das Flugblatt selbst herauszugeben, war unter den Umständen des damaligen Ausstandes eine Pflicht des Leiters dieser Lohnbewegung. Der Ausstand trat plötzlich ein, da jede Verhandlung mit der Verhandlungsleitung drei Monate lang ignoriert wurde. Der letzte Versuch, das eigene Personal durch eine dreigliedrige Kommission den Streikfall beilegen zu lassen, scheiterte, indem die Kommission sofort entlassen wurde, denen sich die übrigen angeschlossen. Da im betreffenden Fabrikhof sich mehrere Betriebe befanden, konnten wir uns nur der schriftlichen Aufklärung bedienen, um nicht andere Personen mit Worten zu belästigen. Das Flugblatt wurde noch am selben Tage gedruckt und der Verfasser hat in der Eile vielleicht nicht jedes Wort genau geprüft. Die Kläger behaupten hiergegen, daß sie trotz ihres bedeutenden Betriebes mit ihrem zahlreichen Personal immer in Frieden leben, so lange aber vom Angeklagten der Hilfsarbeiterverband geleitet würde, werde das ganze Gewerbe und auch sein Betrieb mehrmals durch dessen Sezereien und Stänkereien beunruhigt. Der Angeklagte erklärt, die tatsächlichen Behauptungen im Flugblatt aufrechtzuerhalten und den Beweis hierfür anzutreten; er beantragt weiter, den Vorsitzenden der Prinzipale, Herrn Baufeld zu laden. Es wird weiter den Beschönigungsversuchen des Herrn Markert widersprochen und angeführt, daß der große Buchdruckerverband annähernd 6 Jahre um die Tarifseinführung in dieser Firma kämpfen mußte. Vom Angeklagten werden drei Abschriften vorgelegt, welche alles andere sind, nur keine Sezerei und Stänkerei. Der Vorsitzende erklärte, es müsse dem Angeklagten Gelegenheit gegeben werden, den Wahrheitsbeweis anzutreten, auch wird ihm der Schutz des § 193, Wahrnehmung berechtigter Interessen, zugewilligt, ferner soll der Herr Prinzipalsvorsitzende geladen werden. Aus diesen Gründen ersucht der Gerichtshof die Kläger, ihr Verlangen, daß der Angeklagte alles zurücknimmt, was er beweisen kann, zu verbessern, wie es der Angeklagte schon getan hat, er wolle nicht beleidigen und hat die formgemäße Beileidigung schon zurückgenommen. Hierauf forderte der Vertreter der Kläger, daß der Angeklagte folgende Stellen zurücknehmen soll: 1. Daß die Fa. Grumbach die elendesten Löhne Leipzigs zahle und 2. daß die Inhaber ihren Standesgenossen keine besondere Ehre machen. Dem wird vom Angeklagten zugestimmt und der Zweck ist erreicht: Die Ehre der Herren Markert und Curiz ist wieder hergestellt. Die Forderung einer öffentlichen Erklärung wird abgelehnt, da dies in der Anklage nicht enthalten ist. Die Kosten trägt nach Empfehlung des Vorsitzenden der Angeklagte.

Moderne Faustrecht. Unter diesem Titel berichtete die „Leipziger Volkszeitung“ über eine Gewerbegerichtsverhandlung in Leipzig folgendes: „Einer äußerst lebenswürdigen Behandlung scheinen sich die Arbeiterinnen in der Buchdruckerei von

Karl Marquart in der Salomonstraße in Leipzig zu erfreuen. Schon in früheren Verhandlungen ist festgestellt worden, daß die dort beschäftigten Mädchen häufig mit ganz sonderbaren, meist dem Teierreich entflammenden Rosenamen bedacht werden. Aber auch an „Schlagfertigkeit“ scheinen es die „Herren Vorgesetzten“ nicht fehlen zu lassen, wie eine Klage der Anzeigerin M. S. auf sofortige Lösung des Arbeitsverhältnisses beweist. Mit der L. war ein dreijähriger Arbeitsvertrag abgeschlossen worden, der noch bis zum 1. Juli d. J. lief. Trotzdem hat die L. das Arbeitsverhältnis am 14. Mai gelöst und verlangt von der Firma noch 7,42 Mk. Lohn, 13,60 Mk. Lohnentschädigung für weitere acht Tage und eine angemessene Entschädigung für die ihr entstandene Zeiterwäumnis. Als Grund ihres Wegbleibens gibt sie an, daß sie ohne Veranlassung von dem Sohne des Mitinhabers Wilhelm Reichmann, Theodor Reichmann geschlagen worden sei. Das Mädchen war als Anzeigerin an der Maschine Reichmanns beschäftigt. Als sie sich die Schürgeleien des angehenden Chefs nicht ruhig gefallen ließ und widersprach, stieß sie Reichmann in die im Gang befindliche Maschine über die Walzen, zerrte sie dann an den Haaren herunter und bearbeitete sie, als sie um Hilfe rief, etwa fünf Minuten lang mit den Fäusten. Der Schlagfertige Herr Reichmann, der selbst als Zeuge erschienen war, bezeichnete das als „ein paar anständige Ohrfeigen“, die die L. verdient habe, weil sie sich „froh und ungezogen“ gegen ihn benommen und schon immer unter den anderen Mädchen „gehört“ habe.

Das Gericht erkannte die Ansprüche des Mädchens als berechtigt an und verurteilte die Firma. Gegen Reichmann soll auch Strafantrag bei dem ordentlichen Gericht gestellt sein. Öffentlich wird dem Klobdy dort klar gemacht, daß die Ausübung des Faustrechts gegen Industriearbeiter „von Rechts wegen“ verboten ist.

Noch einer. Der Faktor Klupsch, der in einer Berliner Druckerei eine 16-jährige Arbeiterin deswegen ohfeygte, weil sie mit einer Kollegin laut sprach und der Aufforderung, „das Maul zu halten“ nicht sofort nachkam, wurde vom Schöffengericht zu 10 Mk. Geldstrafe verurteilt. Ob diese „Niesenstraße“ es dem Herrn zum Bewußtsein bringen wird, wie jämmerlich es ist, eine wehrlose Arbeiterin zu schlagen?

Briefkasten.

M. S.-g. Magdeburg. Ihre „Erklärung“ abzudrucken, haben wir keine Veranlassung, da in unseren Berichten solche Angriffe nicht enthalten waren. Wenden Sie sich doch an den in Frage kommenden „Teil der Arbeiterpresse.“ — Leipzig. Bericht kostete 20 Pf. Strafporto. — **M. S. Leipzig.** Siehe Leitartikel.

Anzeigen.

Unserer Kollegin Fanny Fridrich ein herzliches Liebewohl aus Crimmitschau und eine glückliche Ehe in Dresden.
Die Ortsverwaltung Crimmitschau.

Veranstaltungs-Einladung.

Verband der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Zahlstelle Leipzig.

Sonabend, den 25. Juli 1908, abends 1/2 9 Uhr

Öffentliche Versammlung

im „Löwenpark“ zu Stötteritz, Mittelfraße.

Tagesordnung:

1. Vortrag vom Partei-Sekretär über: „Alte und neue Weltanschauung“.
2. Diskussion zum Bericht vom Verbandstage.
3. Vierteljährlicher Geschäfts- und Kassenbericht.
4. Komitee-Wahl zum Sommernachtsball.
5. Verbandsangelegenheiten.

Um zahlreiche Beteiligung wird allerseits ersucht. — Bureauabschluss 8 Uhr.

Im Auftrage der Verwaltung:
Otto Schulze, Vertrauensmann.

Beilage zur „Solidarität“

Dr. 16.

Berlin, den 11. Juli 1908.

14. Jahrgang.

Korrespondenzen.

Berlin I. Versammlung vom 18. Juni. Nach Verlesung des Protokolls der letzten Versammlung erstattete Kollegin Teske Bericht über die Verhandlungen des Verbandstages. Sie wies besonders auf die Einführung des Fünfklassen-systems, auf den Ausbau der Arbeitslosen-, der Kranken- und Streit-unterstützung, sowie auf die Neueinführung der Wöchnerinnenunterstützung hin. Der Protest des Frä. Geride an den Verbandstag betr. ihres Ausschusses ist zurückgewiesen. Sodann beklagt sich Kollegin Müller über den Arbeitsnachweiser. Er handle nicht immer ganz korrekt und richte sich im allgemeinen nach dem Reglement der Zahlstelle II. Kollegin Teske wies den Vorwurf, daß der Nachweiser bewußt ungerecht handle, entschieden zurück. Wenn Vorwürfe dieser Art in einer Versammlung erhoben werden, so müßte Koll. Teske zugegen sein, um sich verantworten zu können. Sie schlägt deshalb vor, zu der nächsten Versammlung Koll. Teske einzuladen, damit diese Angelegenheit geklärt werde. Ferner macht die Vorsitzende bekannt, daß uns die Zahlstelle II ihre Bibliothek zur Mitbenutzung zur Verfügung gestellt habe und ersucht die Leserinnen, regen Gebrauch davon zu machen. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten erfolgte Schluß der Versammlung.

Berlin II. Die Versammlung am 21. Juni beschäftigte sich zunächst mit dem Ergebnis der Verhandlungen des Verbandstages. Kollege Moritz wies zunächst darauf hin, daß im Mitteilungsblatt ein ziemlich ausführlicher Bericht veröffentlicht wurde und ergänzte denselben in ziemlich einsehensfähigen Ausführungen. In der Diskussion meinte Kollege Pruid, daß nach Lage der Sache wenig zu reden sei; die Delegierten hätten ihre Schuldigkeit getan und ersucht um Dechargeerteilung. Kollege Braun freut sich, daß wenigstens seitens der Delegierten auf die Landtagswahl hingewiesen wurde. Bei der Agitation wünscht er, daß die Vertrauens-männer mehr hinzugezogen werden und betont, daß die Anstellung von Gauleitern eine Notwendigkeit sei. Kollege Matthien wendet sich entschieden gegen diese Anstellung, ebenso sei auch die Übernahme der Zahlstellenleiter verwerflich, da hierdurch nur der Bureaukratismus großgezogen werde, dem alle Mißerfolge in der Arbeiterbewegung zuzuschreiben seien. Ebenso steht er auf dem Standpunkt, daß sämtliche Wahlen (Landtagswahlen usw.) keinen Zweck haben; will die Arbeiterchaft Erfolge erzielen, so müßten andere Maßnahmen ergriffen werden. Diesen Ausführungen tritt Kollege Moritz und Kollege Gloth entgegen; die Anstellungen sind eine Notwendigkeit geworden und über die Bedeutung der Wahlen für die Arbeiterchaft dürften die Anwesenden sämtlich auf einem anderen Standpunkt stehen als Kollege Matthien, dessen Ansicht eine Prinzipienreiterei nach einer bestimmten Richtung sei. Kollege Altenhof kommt auf die Diätenfrage zu sprechen und betont, daß unsere Delegierten mit dem vom Verbandstag festgesetzten Diäten nicht auskommen konnten und dies umso weniger, als in den früheren Jahren der Verbandstag an den Feiertagen stattfand, während dies diesmal nicht der Fall sei. Mancher der Delegierten habe einen Lohnausfall von mehr als 40 Mk. Er beantragt im Namen der Revisoren, jedem Delegierten 40 Mk. nachzubewilligen. Kollege Moritz ergänzt diese Ausführungen und weist auf die Münchener An-stellungsfrage hin, in der bekanntlich, wie es seinerzeit auch in Berlin war, alles teuer sei. Die Dechargeerteilung geschieht hierauf durch Erheben von den Plätzen und der Antrag der Revisoren wird gegen einige Stimmen angenommen. Beim zweiten Punkt, Angelegenheit W. Fabrowsky, führt Kollege Moritz an, wie dieser Kollege seit Jahren gegen die Kollegen Reich und Mahle die schwersten Anschuldigungen in die Welt setzte, ohne daß er nur einen Funken von Beweisen in den Kommissions- wie Vorstandssitzungen, die sich mit dieser Angelegenheit beschäftigten, beibringen konnte; sämtliche Protokolle sowie Kassensbücher seien ihm zu diesem Zweck auf Beschluß des Vorstandes zur Verfügung gestellt worden, doch habe er dies seinerzeit abgelehnt. Kollege Moritz verliest nun einen Brief Frä. S. an den Zentralvorstand, in dem der Filiale II 5 Fälle von unrechtmäßigen Ausgaben vorgeworfen werden. Jedoch ist zu allen größeren Ausgaben der Beschluß

der Versammlung nötig, der auch hierzu eingeholt wurde, trotzdem es sich um minimale Ausgaben handelte. Frä. hatte zur heutigen Versammlung eine Extraeinladung erhalten, zog aber den besseren Teil der Tapferkeit vor und erschien nicht, sondern gab dem Kollegen Reich ein Schreiben mit, in welchem wiederum Anschuldigungen gegen Vorstandsmitglieder ausgesprochen werden, hauptsächlich gegen den Vorsitzenden, der es verstanden habe, Frä. es unmöglich zu machen, daß er seine Beweise beibringen konnte. An der Diskussion beteiligten sich die Kollegen Fuß, Reich, Land, Gloth, Reinte und Reichert; es wird betont, daß man derartiger Quere-treiber zu viel Ehre antue und daß in einer früheren Versammlung schon beschlossen wurde, im Wiederholungsfalle mit dem Ausschluß vorzugehen, welcher jetzt am Platze sei; man will sich nicht wieder, wie in den Vorjahren, von Versammlung zu Versammlung mit diesen Querulanten beschäftigen. Der Ausschluß wird hierauf einstimmig beschlossen. Ein Wiederantragsgesuch des Kollegen Junker wird hierauf an den Vorstand zurückgewiesen. Ein Unterstühtungsgesuch eines durch längere Krankheit in Not geratenen Kollegen, welcher der Organi-sation seit Gründung derselben angehört, wird mit 30 Mk. angenommen. Des weiteren wird der Aus-schluß des Kollegen Sklare einstimmig beschlossen wegen seiner Handlungsweise bei der Firma Woffe. Beim 3. Punkt, Jahresberichte, die gedruckt vor-liegen, bemerkt Kollege Freising, daß Kollege Moritz den Bericht des Schiedsgerichts vorsprechenden, da derselbe nicht anwesend sein kann, geben soll, er sei immer mit dabei gewesen. Hierüber entspinnt sich eine längere Debatte, an der sich die Kollegen Kruschinsky, Moritz, Stephan, Fuß und Gloth be-teiligen und die damit endet, daß der Bericht von den Schiedsgerichtsverbänden in der nächsten Mitglieder-versammlung gegeben werden soll. Zum Jahresbericht bekräftigen die Revisoren die Wichtig-keit desselben und beantragen Dechargeerteilung, die durch Erheben von den Plätzen geschieht. Beim 4. Punkt, Wahl der Zentralvorstandsmitglieder, werden die Kollegen Spaltzoff und Spathoff, als Revisor Kollege Braun und in die Redaktionskom-mission Kollege Reich gewählt und folgt hierauf Schluß der gutbesuchten Versammlung um 5½ Uhr. Bl.

Berlin III. Versammlung vom 25. Juni. Nach Verlesung des Protokolls der letzten Mitglieder-versammlung nahm Kollege Goldbeck das Wort, um als Delegierter über die Verhandlungen des 4. Ver-bandstages zu berichten. Redner schilderte die Ent-wicklung des Verbandes vom Verbandstage in Halle bis jetzt in München. Weiter erläuterte er die neuen Unterstühtungsätze, die Arbeitslosen-, Kranken-, Streit- und Wöchnerinnenunterstützung, welche unseren Mitgliedern in jeder Weise dafür bürgen, daß der Verbandstag in München voll und ganz den Erwartungen gerecht geworden ist. Kol-lege Mühlenderlein als zweiter Berichterstatter, er-klärte, daß die Münchener Kollegen alles daran ge-setzt und keine Opfer gescheut haben, um den De-legierten einen Empfang zu bereiten, der jedem Ein-zelnen stets eine freundliche Erinnerung bleiben wird. Redner ergänzte ferner den Bericht Goldbeds, dann erläuterte er noch die Gehälter, Remunerationen und Anstellungsbedingungen der Zahlstellenleiter. Kollege Ault gab sein Gutachten über die Verhand-lungen, die auf dem Verbandstage in München stattgefunden haben, ab und erklärte, daß wohl selten ein Verbandstag soviel wie dieser für das Wohl unserer Mitglieder geschaffen hat. Die beste Kampforganisation ist die, welche gute Unter-stühtungsätze hat, damit wir im Kampf mit den Prinzipalen gegen deren Willkür geschützt sind. Die Diskussion, die hierauf folgte und an welcher sich verschiedene Kollegen beteiligten, ging dahin, daß alle mit den Erfolgen, die der Verbandstag ge-bracht hat, zufrieden sind. Hierauf wurden die Wahlen zum Zentralvorstand und eine Ersatzwahl zur Ortsverwaltung vorgenommen. Als Revisor zur Lokalkasse wurde Kollege Schneider gewählt, als Revisor zur Hauptkasse Kollege Baurath. In den Zentralvorstand wurde Kollege Goldbeck wiederge-wählt. In die Redaktionskommission der Kollege Hensel, zur zweiten Schriftführerin die Kollegin Groß. Unserem Zahlstellenleiter und Vorsitzenden Kollegen Ault wurde eine Remuneration von 150 Mark bewilligt als Anerkennung für seine rege

Tätigkeit und Entschädigung für die Zeit, in welcher er noch schlechter entlohnt worden ist. Die Kollegin Buntz gab einen kurzen Bericht über den Bestand der Lokalkasse. Unter Verschiedenem wird Klage geführt über einen Steindrucker, der dahin gewirkt hat, daß kein Personal vom Verband, sondern Un-organisierte in der Druckerei Weiland eingestellt wurden. Es herrschte allgemeine Entrüstung über diesen Fall. Kollege Groth fordert die Mitglieder auf, jeden einzelnen, der unserem Verbands noch fernsteht und den Zweck der Organisation noch nicht begriffen hat, dem Verbands zuzuführen, damit wir unser Ziel erreichen und bereint im Kampfe zusam-menhalten zur Verbesserung unserer wirtschaftlichen Lage und allgemeinen Aufklärung. Kollege Ault spricht seinen Dank für die ihm bewilligte Remune-ration aus und ersucht alle Anwesenden, mit an dem weiteren Ausbau unserer Zahlstelle zu arbeiten. Sodann Schluß der Versammlung. S. G.

Crimmitschau. Versammlung vom 26. Juni. Kollege Vogel bedauerte den sehr schwachen Besuch der Versammlung und geißelt aufs schärfste die Schlafheit und Interessenlosigkeit. Schon der Be-richt vom 4. Verbandstag in München mußte die Mitglieder anspornen zu erfahren, wie unsere Or-ganisation weiter ausgebaut worden ist, was neues und besseres geschaffen wurde und was vom alten nicht mehr brauchbar war. Das alte Wummel-tempo in unserer Zahlstelle muß aufhören, sonst ist ein Arbeiten für die Dauer unmöglich. Also, Kol-legen und Kolleginnen, besucht die Versammlungen besser; Ihr bedirft alle zusammen noch vieler Lehre, Euer Wissen ist noch nicht am Höhepunkt an-gelangen, täglich passiert neues, zu dessen Erörterung unsere Versammlungen zum Teil stattfinden. In einem 14-stündigen Referat gibt Kollege Vogel Be-richt über die Tätigkeit des Verbandstages. Be-merkenswert ist die Einführung des Fünfklassen-systems und die dem angepaßten Unterstühtungen, darunter die Wöchnerinnen-Unterstützung. Im Ganzen kann gesagt werden, daß der diesmalige Verbandstag ein schweres Stück Arbeit zu verrich-ten hatte zum Wohle aller. Weiter berichtete Kol-lege Vogel über das Massenverhältnis im ersten Quartal. Die Einnahme betrug an Eintrittsgel-dern 2,25 Mk., an ordentlichen Beiträgen 346,35 Mark; Arbeitslosenunterstützung wurde ausgezahlt 6,30 Mk., Krankenunterstützung 40,85 Mk., an die Hauptkasse abgeliefert 245,50 Mk., im Durchschnitt 12½ Beiträge. Die Mitgliederbewegung ist eine weniger erfreuliche, sie ist gesunken von 123 auf 116. Auf Antrag der Revisoren wird dem Kassierer Decharge erteilt. Die letzten Quartalsberichte gaben die Kollegen Gifhorn und Piezonka. Für unsere bisherige Kassiererin im Schneidesaal, Kollegin Fanny Fridrich, welche wegen Verheiratung ihr Amt niederlegen mußte, wurde Koll. Thümmler ge-wählt. S. G.

Dresden. Versammlung vom 17. Juni. Zu-nächst erstattete Kollege Franz Herrmann Bericht vom Münchener Verbandstage. In circa 14-stün-digen Ausführungen ließ Redner die bereits in der „Solidarität“ bekanntgegebenen Verhandlungen Re-ue passieren, dabei betonend, daß die Mitgliedschaften mit dem Ergebnis sehr wohl zufrieden sein kön-nen. Es sei besonders in bezug auf Beitrags- und Unterstühtungsweisen das menschenmöglichste ge-leistet worden. Große Anerkennung gebühre auch der Münchener Kollegenschaft, die keine Mühe und Kosten gescheut hat, um den Delegierten die Arbeit erträglich und den Empfang und Aufenthalt so an-genehm als möglich zu machen. Mit dem Wunsch, daß Dresden auf dem nächsten Verbandstage bedeu-tend verstärkt und als Tarifort erscheinen möge, schloß Redner seine interessanten Ausführungen. Er-gänzend berichtet Paul Herrmann über den Punkt Presse. Redner tritt der Auffassung entgegen, daß man von einem Redakteur im Nebenamte einfach keine Leistungen verlangen könne. Er verurteilt besonders, wie die Pressekommission misachtet und in der Dresdener Angelegenheit durch Aufnahme von Artikeln einseitig Partei ergriffen worden sei. (Quousque tandem? Red.) In der Dresdener Ange-legenheit sei überhaupt nichts weniger als objektiv verhandelt worden. Indem man das Wort Privat-sache als Rettungsanker benutzte, habe man die Dresdener Verwaltung einfach abgewürgt. Ferner spricht derselbe sein Bedauern darüber aus, daß man

das geheime Wahlrecht, welches wir als aufgeklärte Menschen unaufrichtig für Staat und Gemeinde fordern, auf dem Verbandstage kurzerhand beseitigt hat. Kollege Fide schließt sich im wesentlichen den Ausführungen Herrmanns an, kritisiert besonders die Zusammensetzung der Beschwerdekommission, weil diese durch Hinzuziehen mehrerer Beamten zur Farce geworden sei. In der anschließenden Debatte sprechen sich noch die Kollegen Barthel, Reichelt und Friedrich mehr oder weniger gegen Vorstand und Redakteur aus. Wenke sucht letztere in längeren Ausführungen zu verteidigen. Letzterer gibt zum Schluß noch die Erklärung ab, daß er, da nun diese Sache in München so erledigt worden sei, seinen Gegnern verzeihe und eventuelle Verteidigungen anderen gegenüber zurücknehme. Th.

Silbesheim. Versammlung vom 24. Juni. Wenn die Zahlstelle Silbesheim den Raum der „Soli.“ lange Zeit nicht in Anspruch genommen hat, so soll dies keineswegs bedeuten, daß wir unterdessen lässig gewesen sind, im Gegenteil ist unsere Tätigkeit eine äußerst intensive gewesen und können wir heute mit Genugtuung konstatieren, daß der noch vor kurzem beinahe gefährdete Bestand unserer Zahlstelle durchaus gesichert ist und frisches Leben innerhalb derselben pulsiert, nachdem ja die immer auftretenden „Einberkrantheiten“ als überstanden zu betrachten sind. Im übrigen verweisen wir auf nachfolgenden Versammlungsbericht. Der Vorsitzende Kollege Werner berichtet, daß der Vorstand dem ihm in der letzten Versammlung gewordenen Auftrage betreffs Abhaltung von Drucker-Versammlungen nachgekommen ist und gab seiner Freude darüber Ausdruck, den Eintritt von zehn neuen Mitgliedern in unsere Organisation konstatieren zu können. Sodann begrüßte der Vorsitzende recht herzlich den als Referenten erschienenen Kollegen Sparfuß aus Hannover und erwähnte noch die Neueingetretenen, nicht bloß zahlende Mitglieder zu sein, sondern sich auch mit den idealen Bestrebungen unserer Organisation wie überhaupt den Zielen der Arbeiterbewegung aufs genaueste vertraut zu machen, da wir nur dann Erfolge erzielen können, wenn wir eine Klassenbeweise, verständnisvolle Arbeiterchaft hinter uns haben. Den nun folgenden Bericht von der Generalversammlung erstattete Kollege Sparfuß, welcher sich seiner Aufgabe in ausführlicher und durchaus gemeinverständlicher Weise erledigte. Eingangs streifte Redner die Entwicklung unseres Verbandes seit dem letzten Verbandstage, um sodann die einzelnen Verhandlungspunkte in eingehender großzügiger Besprechung zu beleuchten. Auf das ausführliche Referat näher einzugehen, dürfte sich erübrigen. Was die gefassten Beschlüsse anbelangt, so bemerkte der Redner, war es durchaus keine leichte Arbeit, bei der überaus großen Zahl von zum Teil sehr weitgehenden Anträgen das bei den vorhandenen Mitteln für die Organisation Erreichbare herauszuschälen. Daß es gelungen ist, sei ein Beweis, daß alle Delegierten von dem Gedanken durchdrungen waren, nur das Beste und für die fernere Agitation fruchtbar Wirken zu schaffen. Von bedeutendem Werte dürfte die eingeführte Wöchnerinnenunterstützung sich erweisen, ebenso sei die Einstellung der Unterstützungen auf längere Jahre mit Freude zu begrüßen. Wenn auch nicht alle Wünsche befriedigt werden konnten, so wies Redner darauf hin, daß die Delegierten sich eben mit den gegebenen Verhältnissen abfinden mußten und dürften die Mitglieder unseres Verbandes mit den in München gefassten Beschlüssen durchaus zufrieden sein. Mit dem Appell, die gefassten Beschlüsse zu beherzigen und zum Nutzen unserer Organisation zu verwerten, schloß Redner seine beifällig aufgenommenen Ausführungen. Der Vorsitzende Kollege Werner ging darauf in kurzen Ausführungen, nachdem er dem Referenten für seinen beglückten Vortrag den Dank der Versammlung ausgesprochen, des näheren auf die gefassten Beschlüsse ein und bemerkte, daß man mit dem Ergebnisse der Generalversammlung durchaus zufrieden sein könne; es liege sich damit betreffs Gewinnung neuer Mitglieder jedenfalls sehr gut arbeiten und wird auch die Münchener Generalversammlung zum Segen unseres Verbandes gereichen. Wenn es ein Punkt sei, mit dem sich Redner nicht einverstanden erklären könne, so sei dies die Herabsetzung der Verwaltungsprozente von 15 auf 7½ pCt. Dadurch werde besonders neugegründeten Zahlstellen ein Schaden zugefügt, der sich eventuell schwer rächen könnte. Uns in Silbesheim ist es absolut unmöglich mit 7½ pCt. auszukommen, da z. B. die Beiträge an das Gewerkschaftsamt allein 2½ Pf. für die geleistete Beitragssmarke betragen, also die uns angebilligten Verwaltungsprozente noch übersteigen. Andererseits ist es unmöglich, von den Mitgliedern vor Erfüllung ihrer Karenzzeiten einen Lokalbeitrag zu erheben. Es hätte sich nach Ansicht des Kollegen Werner ein Weg finden lassen müssen, vielleicht, daß

man jungen Mitgliedern für die ersten beiden Jahre ihres Bestehens die alten Sätze belassen hätte. Da sich die Versammlung im großen und ganzen mit den Beschlüssen einverstanden erklärte; wurde von der Fassung einer Resolution Abstand genommen. Sodann wurde anstelle der aus der Organisation ausgetretenen Kollegin Wegener die Kollegin Frau Meier als Revisorin bestimmt. Vom Kollegen Sparfuß wurden noch bemerkenswerte Ausführungen über eine demnächst vorzunehmende Statistik gegeben, zu welcher derselbe uns das notwendige Material zufenden wolle. Nachdem noch angeregt worden, das einjährige Bestehen unserer Zahlstelle durch ein Stiftungsfest im Gewerkschaftshause zu feiern, schloß der Vorsitzende um 11 Uhr die angeregte verlaufene Versammlung. Die nächste Versammlung, welche sich mit unserem Stiftungsfeste zu befassen haben wird, findet am Mittwoch, den 5. August statt. R. W.

Kaufbeuren. Am 13. Juni fand die Monatsversammlung mit Berichterstattung unseres Delegierten und Vorsitzenden Burger statt. Das Protokoll wurde verlesen und angenommen. Hierauf berichtete unser Vorsitzender vom Verbandstage und wurden seine Ausführungen mit Beifall aufgenommen. Auf Antrag eines Kollegen soll der Verwaltungsrath für ihre Mitarbeit zum guten Gelingen des Verbandstages unser Dank ausgesprochen werden. Nach Erörterung verschiedener örtlicher Mißstände, deren Beseitigung mit allen Kräften betrieben werden soll, wurde dem Vorsitzenden und Delegierten vom Verbandstage nochmals für seine Tätigkeit der ausdrückliche Dank ausgesprochen. Dieser dankte für das Vertrauen und versicherte, daß er jederzeit bestrebt ist, unsere Zahlstelle hoch zu halten. Eine darauf folgende kleine musikalische Unterhaltung hielt die Kolleginnen und Kollegen noch lange zusammen. F. C.

Leipzig. Bericht von der Bezirksversammlung am 29. Juni Leipzig-Nordost, bestehend aus den Firmen: E. Pinkau u. Co., Liebes u. Leichter und Geidel, L. Gurtsch. Ohne daß jemand von den Anwesenden eine Ahnung hatte, wollte es der Zufall, daß die Versammlung gerade am dem Tage stattfand, als vor Jahresfrist die Kollegenchaft von Pinkau, gezwungen durch die Nichterhaltung verschiedener Verpachungen, in den Streik trat. Anlässlich dieses Tages hatte Kollege Otto Schulze als Referent das Thema gewählt: „Ein Jahr Gewerkschafts- und Tarifbewegung“. Referent führte in kernigen Worten den Erzhienenen vor Augen, welche Empörung unter der damals noch jung organisierten Kollegenchaft infolge Nichterhaltung von Verpachungen seitens der Firma, durch Hinauszögerung der Tarifanerkennung, Abstellung sonstiger Mißstände und dergleichen mehr, herrschte. Diese Empörung hatte ihren Höhepunkt erreicht und am 28. Juni 1907 wurde der Streik beschloffen. Am 29. Juni zogen nun 120 Kolleginnen und Kollegen, anstatt um 7 Uhr früh zur Arbeit, zur „Thüringer Dorfschmiede“ nach Leipzig zur Protestversammlung. Noch am selben Vormittag kamen Voten per Rad, die Anständigen sollten die Arbeit sofort aufnehmen, die Firma wollte unterhandeln. Ja, unter den verschiedensten Zugeständnissen war sogar der gewiß seltene Fall, daß die Streikenden den verfaulenden Tag voll bezahlt erhielten und keinerlei Maßregelung stattfand. So war der Tag vor 52 Wochen ein Ereignis, welches sich die Kollegenchaft durch ihr einmütiges Zusammenstehen mit Hilfe ihrer Gewerkschaft erkämpft haben. Möge dies ein Meilenstein für alle Zeiten sein. Dies Vorgehen konnte sich die Kollegenchaft von Geidel, welche sich bis heute noch nicht organisiert hat, zum Vorbild dienen lassen. Trotzdem die Betriebe fast nebeneinander liegen, so sind Entlohnung und sonstige Verhältnisse wie die der schlesischen Weber, und himmelweit von denen der Pintauschen Kollegenchaft entfernt. Referent führte nun weiter die Ergründungen an, welche seit Jahresfrist bei der Firma Pinkau mit Hilfe des Verbandes und Arbeiterausschusses geschaffen worden sind. Neben Einführung des Tarifes, Vertretung im Arbeitsausschuß, Bewilligung von Ferien und Abstellung verschiedener anderer Mißstände sind es besonders die Löhne, welche herausgegriffen werden mögen. In folgendem ein Vergleich zwischen den damaligen und heutigen Löhnen: Anlegerrinnen erhielten früher 9-12 Mk., jetzt 9,50-13,50 Mk. Anlegerrinnen früher 7,50-9 Mk., jetzt 8,50-11 Mk., sonstige Hilfsarbeiterinnen früher 5-10 Mk. (ein Fall), jetzt 7,50-12 Mk. Es ist dies ein Mehr von insgesam 5000 Mk. jährlich für das weibliche Personal. Bei dem männlichen Personal ist dies ähnlich. Während früher Löhne von 12-18 Mk. gezahlt wurden, ist jetzt unter Tariflohn niemand mehr beschäftigt. Der § 2 der Allgemeinen Bestimmungen, welcher besagt, weiblichem Hilfspersonal soll keine Arbeit zugemutet werden, die dessen physische Kräfte

überschreitet, wurde anerkannt, indem als erster Versuch zwei Hilfsarbeiter zum Pakete heben eingestellt wurden, welche der Firma jährlich 2200 Mk. kosten. Ferner wurden mit Hilfe des Arbeiterausschusses die Ferien, welche früher bei 5-jähriger Tätigkeit 6 Tage betragen, aber auf 3 Tage reduziert werden sollten, so festgelegt, daß bei 4-jähriger Tätigkeit im Geschäft 6 Tage und bei 2-jähriger Tätigkeit 3 Tage gewährt wurden. Hier möge auch nicht unerwähnt bleiben, daß dem damaligen Arbeiterausschuß das ehrende Zeugnis ausgestellt werden muß, daß bei ihm proletarisches Gefühl und Denken, das für gewöhnlich den Gehilfen abgeprochen wird, hier voll und ganz zum Ausdruck kam, indem durch ihr solidarisches Eintreten auch je ein männliches und weibliches Mitglied in den Arbeiterausschuß mit berufen wurde. Mit dem Wunsche, die uns noch Fernstehenden, hauptsächlich bei der Firma Geidel, durch Verbreitung des Gehörten und durch rege Agitation unserem Verbands anzuführen, beendete Kollege Schulze seinen lehrreichen Vortrag. Aus der Mitte der Versammlung wurde noch angeregt, in allernächster Zeit, und zwar am 18. Juli wieder eine Versammlung mit ähnlichem Vortrag abzuhalten. Nach einem gemüthlichen Zusammensein mit Tänzchen nahm die Versammlung ihr Ende. W. Sch.

Nürnberg-Fürth. Wenn auch die Sommermonate bekanntlich den Versammlungsbesuch stark beeinträchtigen, so hätte doch unsere letzte Mitglieder-Versammlung, in welcher der Bericht vom Verbandstage erstattet wurde und auch die Wahl eines Vorsitzenden erfolgte, einen besseren Besuch verdient. Die in München gefassten Beschlüsse wurden mit allgemeiner Zustimmung aufgenommen. Es ist für unseren Verband ein gutes Zeichen innerer Festigung und zeugt von zielbewusster gewerkschaftlicher Erziehung, daß man in der Periode wirtschaftlichen Niederganges beschloß, die Beiträge auf eine zeitgemäße Höhe zu bringen, ohne dabei den Schwarzgehern innerhalb und außerhalb unserer Reihen Gehör zu schenken. Betsach ist bei Gewerkschaftlern, denen die Gewinnung weiblicher Mitglieder nur als Nebenbeschäftigung gilt, die Anfassung verbreitet, daß wenn man sich als billigen Jakob aufspielt, die Werbekraft eine größere ist und auch die Mutation gemindert würde. Schon eine flüchtige Durchsicht des weiblichen Mitgliederstandes der hiesigen Gewerkschaften lehrt uns das Gegenteil. Eine Genugtuung gewähren uns ferner die in München vom Verbandsvorsitzenden der Steinbrucker gegebenen Erklärungen, wonach bei größeren Bewegungen die beiderseitig getroffenen Uebereinkünfte auch eingehalten werden müssen. Eine zufriedenstellende Regelung hat auch die bisher strittige Frage der Unterstützung von Wöchnerinnen gefunden. Die Sätze der Arbeitslosen- und Streikunterstützung sind in einer Weise erhöht worden, daß wir uns den großen sogenannten Millionenverbänden ebenbürtig zur Seite stellen können. Es ist uns dies ermöglicht durch unsere Tarifpolitik, wodurch für einen großen Teil der Mitglieder auf Jahre hinaus geordnete Verhältnisse geschaffen wurden, so daß Ueberraschungen, wobei wir finanziell stark engagiert waren, ziemlich ausgeschlossen sind. Von Verwaltungsmitgliedern wird gewünscht, daß mit der Einführung des neuen Statuts wie vor 3 Jahren ein Kommentar und Leitfaden zur Ausgabe gelangt, der auch an die Vertrauenspersonen größerer Betriebe verabsolgt wird. Agitieren wir mehr wie bisher und verlegen wir unser Hauptaugenmerk auf die Kleinarbeit durch Abhaltung von Geschäftsversammlungen; bearbeiten wir die Subiferenten einzeln, im geselligen Verkehr, und wenn das allerorts geschieht, dann erfüllt sich unser Wunsch, den unsere Zahlstelle an den Verbandstag richtete: daß bis zur nächsten Tagung das zweite Jahntausend von Mitgliedern erreicht ist. Da der bisherige Vorsitzende sein Amt niederlegte, so wurde an seiner Stelle Kollege Ninte, als Revisor Kollege Volkram gewählt. Ein alter Uebelstand wurde auch erörtert, der darin besteht, daß bei der Abhaltung von Festlichkeiten man bereitwillig Karten zum Vorverkauf übernimmt, jedoch einzelne erst einmalig gekauft werden müssen, bis sie die nichtverkauften Karten zurückgeben, wodurch eine zeitige Abrechnung unmöglich gemacht wird. Es wurde beschloffen, daß nach vorhergegangener erfolgloser schriftlicher Mahnung in Zukunft solche Säumnigen in der „Solidarität“ veröffentlicht werden. Durch die Herabsetzung des prozentualen Anteils von den Einnahmen der Hauptklasse werden wir auch wie bisher weiterhin genötigt sein, einen kleinen Lokalbeitrag zu erheben, wenn wir wollen, daß auch ferner die notwendigen Ausgaben für örtliche Zwecke bestritten werden können. Das Unterstühtungsgehalt einer Kollegin wurde abgelehnt, jedoch die Kosten für Rechtschutz im Falle Ruhs aus der Lokalkasse genehmigt. S. D.